



CHEMTrust
Für den Schutz von Mensch
und Umwelt vor gefährlichen
Chemikalien

ClientEarth
Anwälte der Erde



Deutsche Umwelthilfe



envmednetwork
european network for
environmental medicine

**EXIT
PLASTIK**



Forum Umwelt
und Entwicklung

hej!support
health · environment · justice



PAN Germany
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V.

verbraucherzentrale

Nordrhein-Westfalen



wecf
Women Engage
for a Common Future

Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

- Offener Brief per Mail -

Berlin, den 30. Mai 2025

Betreff: PFAS-Chemikalien regulieren – auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und als Innovation in die Zukunft

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir wünschen Ihnen und Ihrem neuen Kabinett gutes Gelingen im neuen Amt und eine starke umweltpolitische Perspektive bei allen Entscheidungen. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit in den nächsten Jahren und stehen für Beratung, kritische Begleitung und Vermittlung relevanter Informationen zur Verfügung.

Mit großer Dringlichkeit und Besorgnis wenden wir uns heute als Gruppe von 12 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz an Sie. **Wir fordern von Ihnen, sich uneingeschränkt für die umfassende PFAS-Beschränkung auf EU-Ebene einzusetzen. Verlassen Sie sich in Ihrer politischen Arbeit zu PFAS-Chemikalien ausschließlich auf wissenschaftsbasierte Empfehlungen.** Die Persistenz und weitere gesundheitsschädliche und ökotoxikologische Eigenschaften sind wissenschaftlich ebenso belegt, wie die steigenden Konzentrationen in Mensch und Umwelt.

Die weit verbreitete Verwendung der umwelt- und gesundheitsschädigenden PFAS-Chemikalien hat bereits zu einer schweren Verschmutzungskrise geführt. Etwa konnte das [Forever Pollution Project](#) PFAS im Wasser, in Böden und in Lebewesen an über 1.500 Orten in Deutschland nachweisen, darunter mehr als 300 Hotspots mit Belastungen **in besorgniserregend hohen Mengen:** Flughafen Düsseldorf, Felder in Rastatt, im Grundwasser um den Chemiepark Gendorf und an vielen weiteren Standorten. Zu Beginn dieses Jahres enthüllte das [Forever Lobbying Project](#) die umfassende Lobbyarbeit von verschiedenen Interessengruppen der Industrie auf EU-

aber auch auf nationaler Ebene zur Weiterverwendung von PFAS. Dabei machten die Journalist*innen hinter dem Projekt deutlich, dass die Kernargumente der Industrie wissenschaftlich nicht haltbar sind: Von den sieben Hauptargumenten, die die Industrie nutzt, sind **vier falsch, zwei irreführend und eines möglicherweise unehrlich**. Daher gilt es, nur wissenschaftlich-unabhängige Quellen bei der Betrachtung des Problems und seiner Lösungen heranzuziehen.

Zeitgleich legte das Projekt die astronomisch hohen volkswirtschaftlichen Kosten in Höhe von 2 Billionen Euro über die nächsten 20 Jahre offen, die für die Beseitigung bestehender und zukünftiger Verschmutzung durch PFAS entstehen werden, sollten Unternehmen im Hinblick auf die Produktion und Anwendung dieser Substanzen so weiter machen wie bisher. Bereits jetzt summieren sich die Gesundheitskosten in Folge der PFAS-Exposition auf **jährlich 52-84 Milliarden Euro in der EU**.

Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass die Herstellung und Nutzung von PFAS umfassend beschränkt werden, wie in dem Dossier zur Beschränkung von PFAS dargelegt, das auch von deutschen Behörden eingereicht wurde und derzeit von der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) geprüft wird. Dieses Dossier basiert auf dem Risikoansatz und nutzt das bestehende Recht auf europäischer Ebene. In der Erarbeitung wurde – unter Beteiligung vieler Branchen – die Verfügbarkeit von sicheren Alternativen einbezogen. Übergangsfristen sollen die Transformation der Wirtschaft gewährleisten, hin zu PFAS-freien Anwendungen.

Wir fordern, dass Sie diesen Vorschlag zum Schutz von Mensch und Umwelt in Deutschland und darüber hinaus weltweit auch weiterhin unterstützen und in der neuen Legislatur entsprechende Maßnahmen auf allen politischen Ebenen ergreifen. Deutschland hat die Möglichkeit, in der EU eine Vorreiterrolle zu übernehmen, indem es eine umweltverträgliche, wettbewerbs- und zukunftsfähige Wirtschaft fördert und sich für die öffentliche Gesundheit und den Erhalt unserer Lebensgrundlagen einsetzt. Wir fordern Sie auf, dafür zu sorgen, dass politische Entscheidungsfindungsprozesse den Schutz der Menschen und der Umwelt in den Fokus stellen und sich auf unabhängige Wissenschaft und Fakten stützt – und nicht auf den Druck von Unternehmen, die ein Eigeninteresse an der Erhaltung des Status quo haben. Konkret fordern wir:

1. **Unterstützen Sie eine umfassende PFAS-Beschränkung.** Setzen Sie sich auch weiterhin für die auch von deutschen Behörden vorgeschlagene universelle PFAS-Beschränkung auf EU-Ebene ein und verhindern Sie eine Verwässerung der angestrebten Regulierung.
2. **Ergreifen Sie dringende Maßnahmen auf nationaler Ebene.** Entwickeln Sie einen nationalen PFAS-Aktionsplan, der darlegt, wie die bestehende Verschmutzung – auch durch PFAS-Pestizide – zukünftig vermieden und beseitigt und Betroffene geschützt und unterstützt werden können.
3. **Verstärken Sie das Angebot an sicheren Alternativen.** Beschleunigen Sie den schrittweisen Ausstieg aus allen PFAS-Verwendungen durch Anreize für Unternehmen, in Innovationen, sicherere Technologien und Investitionen in nachhaltige Alternativen. Sichern Sie die Erforschung und Entwicklung von Alternativen.

Tragen Sie dazu bei, die PFAS-Verschmutzungskrise zu beenden! Seitdem PFAS in den 1950er-Jahren eingeführt wurden, hat ihre weitgehend unregulierte Verwendung in zahllosen Industrie- und Verbraucheranwendungen zu einer weit verbreiteten Kontamination in ganz

Europa geführt – auch in Deutschland, insbesondere im Rheingebiet, im Ruhrgebiet, in Bayern und in der nördlichen Elbregion.

Wissenschaftler*innen warnen seit langem mit besorgniserregenden Fakten vor den sogenannten „Ewigkeitschemikalien“. Im Dossier zur Beschränkung von PFAS werden eine Vielzahl von Studien zitiert, die PFAS mit Krebs, Immun- und Hormonstörungen, Unfruchtbarkeit und anderen schweren Krankheiten in Verbindung bringen. Diese Chemikalien befinden sich in dem Wasser, das wir trinken, den Lebensmitteln, die wir essen, und der Luft, die wir atmen. Alle Menschen in Europa sind bereits in alarmierenden Konzentrationen mit diesen toxischen Stoffen belastet, die ihre Gesundheit und ihre Zukunft gefährden. Insbesondere Teenager, kleine Kinder, Schwangere und damit auch ungeborene Babys sind gefährdet.

Wir bitten Sie um die Möglichkeit eines persönlichen Austausches in dieser Angelegenheit und eines gemeinsamen Arbeitens an umsetzbaren Lösungen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Bereitschaft, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Mit freundlichen Grüßen

a:tip tap

CHEM Trust Europe

ClientEarth Deutschland

Deutsche Umwelthilfe

**European Network for Environmental
Medicine**

Exit Plastik

Fashion Revolution

Forum Umwelt und Entwicklung

Health Environment Justice Support

Pestizid Aktions-Netzwerk Deutschland

**Verbraucherzentrale Nordrhein-
Westfalen**

Women Engage for a Common Future